

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Verwaltungsausschuss**

Vorberatung im:

Betreff: Annahme von Spenden

Bezug:

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

1. Die Annahme der in der Vorlage 259 a/2008 - Anlage 1 aufgeführten Kleinspenden in Höhe von insgesamt 70,01 Euro wird beschlossen.
2. Die Annahme der in der Vorlage 259 a/2008 - Anlage 2 aufgeführten Spenden wird nach Abwägung der genannten Entscheidungskriterien für die Ziffern 1 – 9 mit einem Gesamtbetrag von 25.650,00 Euro beschlossen.

Das Regierungspräsidium hat mitgeteilt, dass ein Klärungsverfahren zwischen dem Landesdatenschutzbeauftragten und dem Innenministerium nicht stattfindet. Das RP weist darauf hin, dass über die Annahme der Spenden grundsätzlich in öffentlicher Sitzung zu verhandeln und beschließen ist, wozu nach dem Sinn und Zweck des Gesetzes auch die Angabe der Namen der Spender in öffentlicher Sitzung gehört. Hinsichtlich der Weitergabe der entsprechenden Beschlussvorlage mit Spendernamen an die Presse und hinsichtlich der Veröffentlichung im Internet wird die Rechtsauffassung des Landesdatenschutzbeauftragten geteilt; in der heißt es:

*„Wir weisen darauf hin, dass für eine personenbezogene Veröffentlichung der Spenden - jedenfalls im Internet - eine Rechtsgrundlage nicht ersichtlich ist. Auch die personenbezogene Unterrichtung der Presse über angenommene Zuwendungen dürften in der Regel nicht zulässig sein, es sei denn, die Betroffenen haben ausdrücklich eingewilligt“. **

Da die Verwaltung sich nicht in der Lage sieht, bei der Vielzahl der Spenden jeweils eine ausdrückliche Einwilligung abzufragen, hält die Verwaltung am bisherigen Verfahren fest: Annahme der Spenden in öffentlicher Sitzung; Bekanntgabe der Spender im Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung.

* Der Landesbeauftragte für den Datenschutz, Schreiben vom 08.08.2006, AZ: K 9300/21

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	25.720,01 €	ab:	

Ziel:

Die Annahme von Spenden ist seit der Gesetzesänderung in § 78 GemO vom Gemeinderat zu beschließen. Ein transparentes Verfahren in grundsätzlich öffentlicher Sitzung soll die rechtssichere Spendenannahme sicherstellen. Die Spender werden dem Gemeinderat bekanntgegeben.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Zuwendungen von Privaten sind ein wichtiges und übliches Finanzierungsmittel zur Erfüllung kommunaler Aufgaben, insbesondere im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Gleichzeitig soll möglichen Verhaltensweisen entgegengewirkt werden, bei denen der Eindruck entstehen kann, dass die Einwerbung oder Annahme von Zuwendungen Privater in einem unlauteren Zusammenhang mit der sonstigen Dienstaussübung stehen und amtliches Handeln nicht allein von objektiven und aufgabenbezogenen Gesichtspunkten geleitet, sondern von der Zuwendung beeinflusst wird. Dem trägt auch der neu gefasste § 331 Strafgesetzbuch Rechnung, der die Annahme von Geld oder geldwerten Vorteilen sowohl für sich selbst als auch für Dritte durch Amtsträger (Beschäftigte und Organe) unter Strafe stellt.

Um den Gemeinden die Einwerbung und Annahme von Spenden in diesem Spannungsverhältnis dennoch rechtssicher zu ermöglichen, hat der Landtag von Baden-Württemberg am 01.02.2006 den § 78 der Gemeindeordnung geändert und folgenden Absatz 4 eingefügt:

„Die Gemeinde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 1 Abs.2 Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung von Aufgaben nach § 1 Abs. 2 beteiligen. Die Einwerbung und die Entgegennahme des Angebots einer Zuwendung obliegen ausschließlich dem Bürgermeister sowie den Beigeordneten. Über die Annahme oder Vermittlung entscheidet der Gemeinderat. Die Gemeinde erstellt jährlich einen Bericht, in welchem die Geber, die Zuwendungen und die Zweckbestimmungen anzugeben sind, und übersendet ihn der Rechtsaufsichtsbehörde“.

Die Änderung ist am 18.02.2006 in Kraft getreten.

Das Innenministerium Baden Württemberg hat mit Schreiben vom 02.02.2006 mitgeteilt, wie seiner Meinung nach bei Kleinspenden (Anlage 1) vereinfacht verfahren werden kann:

Über die Annahme von Zuwendungen, d.h. von Spenden und Schenkungen hat nach der neuen Regelung (§ 78 Abs. 4 GemO) der Gemeinderat zu entscheiden. Die Entscheidung kann durch Hauptsatzung auf einen beschließenden Ausschuss übertragen werden, nicht aber auf den Bürgermeister. Zur Vereinfachung des Verfahrens kann der Gemeinderat oder der beschließende Ausschuss festlegen, dass über Einzelspenden von bis zu 100.- Euro in periodischen Abständen (oder bei Bedarf) in zusammengefasster Form pauschal entschieden wird. Werden einer Gemeinde ohne vorherige Beschlussfassung Spenden zugewendet, sind sie unter Vorbehalt anzunehmen.

2. Sachstand

Die Verwaltung hat ein Verfahren über die Einwerbung und Annahme von Spenden erarbeitet, das der Gemeinderat am 03.07.2006 mit der Vorlage 105/2006 beschlossen hat. Danach beschließt der Verwaltungsausschuss über die Annahme von Spenden in öffentlicher Sitzung. Hat ein Geber aus berechtigtem Interesse um vertrauliche Behandlung seines Namens gebeten, wird insoweit in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt. Für Spenden über 25.000 Euro ist der Gemeinderat zuständig nach Vorberatung im VA.

3. Lösungsvarianten

Keine

4. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung empfiehlt, entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung die Annahme der Spenden zu beschließen.

5. Anlagen

./.